

7. Januar 2012, 16:08, NZZ Online

Mit Schuhen gegen den deutschen Bundespräsidenten

Demonstration vor dem Schloss Bellevue – Linke fordern Amtsenthebung



Schuh-Demonstration
gegen Wulff.
(Bild: Reuters)

Seit dem Schuhwurf auf US-Präsident Bush ist die Geste der Verachtung auch im Westen bekannt. Eine solche bekam jetzt das deutsche Staatsoberhaupt Wulff zu spüren. Demonstranten schwenkten vor seinem Amtssitz Schuhe. Unterdessen taucht das Thema Amtsenthebung auf.

(sda/afp/dpa/Reuters) Protest vor der Haustür: Etwa 150 Personen haben nach Angaben der Nachrichtenagentur AFP am Samstag in Berlin vor dem Schloss Bellevue gegen den deutschen Bundespräsidenten Christian Wulff demonstriert. Dieser steht wegen seiner Kredit- und Medienaffäre in der Kritik.

Laut der Nachrichtenagentur dpa nahmen etwa 300 Personen an dem Protest teil. Die Polizei sprach gar von 450 Teilnehmern. Die Menschen schwenkten Plakate mit Aufschriften wie «Wulff go home» oder «Bundespräsidenten haben kurze Beine» und riefen: «Wulff muss weg». Die Demonstration verlief demnach friedlich.

«Shoe for you, Mr. President»

Die Kundgebung war unter dem Motto «Shoe for you, Mr. President» (Ein Schuh für Sie, Herr Präsident) bei der Polizei angemeldet worden. Die Demonstranten schwenkten von der gegenüberliegenden Strassenseite aus ihre Schuhe in Richtung Schloss Bellevue, dem Amtssitz des Staatsoberhauptes.

In einigen arabischen Ländern gilt dies als Zeichen tiefer Verachtung; berühmt wurde die Schuh-Geste im Dezember 2008, als ein irakischer Journalist bei einer Pressekonferenz einen Schuh auf den damaligen US-Präsidenten George W. Bush warf. Wulff ist wegen der Affäre um seinen Hauskredit und den Umgang mit den Medien in die Kritik geraten, lehnt einen Rücktritt aber ab. (SDA-ATS/mt)

Linke bringen Amtsenthebung ins Gespräch

In der Debatte über die Kredit- und Medienaffäre von Bundespräsident Christian Wulff hat die Linkspartei nun die Möglichkeit einer Präsidentenanklage ins Gespräch gebracht. «Ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Bundespräsidenten kann eingeleitet werden, wenn sein Anruf beim Chefredakteur der 'Bild'-Zeitung und die Drohung mit einer Strafanzeige den Tatbestand der versuchten Nötigung erfüllen», sagte der rechtspolitische Sprecher der Linksfraktion im Bundestag, Wolfgang Neskovic, der «Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung» laut Vorabbericht vom Samstag.

Geklärt werden müsse, ob Wulff Anhaltspunkte für eine wahrheitswidrige Berichterstattung der «Bild»-Zeitung gehabt, ob er eine Sonderstellung unter Ausnutzung seiner Amtsautorität beansprucht und mit einer presse-mässigen Benachteiligung des Blattes gedroht habe.

Wulff hat nach eigener Darstellung mit seinem Anruf bei der Chefredaktion der «Bild»-Zeitung am 12. Dezember einen Aufschub des Berichts über seinen privaten 500.000-Euro-Kredit erreichen wollen, der tags darauf erschien. Die Chefredaktion des Blattes dagegen erklärte, der Präsident habe den Bericht verhindern wollen. Der Anruf ist auf der Mailbox des Chefredakteurs dokumentiert. Wulff lehnt eine Veröffentlichung aber ab.

Untersuchungsausschuss oder Anklage

Neskovic hält auch eine parlamentarische Untersuchung für möglich, wenn Aufklärung auf andere Weise nicht möglich sei. Er halte «angesichts des Gesamtverhaltens von Herrn Wulff und der damit verbundenen schweren Beschädigung des Amtes die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nicht für unangemessen».

Das Verfahren der Präsidentenanklage ist nach deutschem Recht die einzige Möglichkeit, den Bundespräsidenten seines Amtes zu entheben. Laut Grundgesetz reicht ein Viertel der Mitglieder des Bundestages für den Antrag auf Präsidentenanklage aus. Für den Beschluss der Erhebung der Anklage vor dem Bundesverfassungsgericht ist aber eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich. Eine Anklage ist möglich «wegen vorsätzlicher Verletzung des Grundgesetzes oder eines anderen Bundesgesetzes».

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG

Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von NZZ Online ist nicht gestattet.

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:

http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/mit_schuhen_gegen_den_deutschen_bundespraesidenten_1.14184074.html